



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

### **Haushaltsplan 2024/2025;**

**hier: Kosten der Verleihung der Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft und Veranstaltungen zur Aushändigung von Ordensinsignien des Bundesverdienstordens (Kap. 07 03 Tit. 542 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 03 wird der Ansatz im Tit. 542 01 (Kosten der Verleihung der Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft und Veranstaltungen zur Aushändigung von Ordensinsignien des Bundesverdienstordens) für das Jahr 2024 von 16,0 Tsd. Euro um 16,0 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

In Kap. 07 03 wird der Ansatz im Tit. 542 01 (Kosten der Verleihung der Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft und Veranstaltungen zur Aushändigung von Ordensinsignien des Bundesverdienstordens) für das Jahr 2025 von 16,0 Tsd. Euro um 16,0 Tsd. Euro auf 0 Euro reduziert.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 an anderer Stelle verwendet.

### **Begründung:**

Die Streichung der Ausgaben des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie für die Verleihung der Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Wirtschaft und Veranstaltungen zur Aushändigung von Ordensinsignien des Bundesverdienstordens ist in Anbetracht der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Realitäten dringend erforderlich. Die anhaltende Inflation und Wirtschaftskrise in Deutschland belasten viele Bürger, während die Reallöhne in der Privatwirtschaft sinken und die Staatsquote weiter ausufert. In dieser Zeit der finanziellen Unsicherheit ist es unverhältnismäßig, dass Staatsminister auf Kosten der Steuerzahler Veranstaltungen zur Selbstdarstellung und Aushändigung von Auszeichnungen abhalten, anstatt die Mittel für dringendere Zwecke zu verwenden. Zudem führt dies zu einem starken Unrechtsgefühl in der Bevölkerung, insbesondere wenn loyalen Subventionsempfängern und Unterstützern aus der Unternehmerwelt durch solche Veranstaltungen politische Vorteile verschafft werden. Daher sollte das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie die Ausgaben für diese Veranstaltungen streichen und die Ressourcen stattdessen für Maßnahmen einsetzen, die einen direkten Nutzen für die Wirtschaft und die Bürger Bayerns haben.